



# *Glossar*

Friedenseinsätze



*Your Gateway to  
Peace Operations*



Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns, Ihnen ein hoffentlich kompaktes und anschauliches Nachschlagewerk zu unserem Arbeitsbereich internationale Friedenseinsätze anzubieten.

Internationale Friedenseinsätze der Vereinten Nationen (UN), der Europäischen Union (EU), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und weiterer Regionalorganisationen sind zu einem Standardinstrument in den internationalen Beziehungen geworden. Wenn es gilt, Konflikte zu verhindern, zu deeskalieren, einen Waffenstillstand zu sichern oder nachhaltig Frieden zu schaffen, dann kommt dieses Instrument zum Einsatz. Auch in Zukunft wird die internationale Gemeinschaft mit gewalttätigen Konflikten konfrontiert sein. Insofern ist die konzeptionelle Weiterentwicklung von Friedenseinsätzen und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet eine Herausforderung, der wir uns im ZIF stellen.

Wie in jedem Arbeitsfeld wird auch hier eine Vielzahl von Fachbegriffen verwendet. Wir haben 30 zentrale Begriffe und Konzepte aus dem Peacekeeping und dem Krisenmanagement ausgewählt, die wir Ihnen mit Hilfe von kurzen Texten, Grafiken und Bildern im Folgenden veranschaulichen möchten. Bewusst kompakt gehalten, können Sie das ZIF Glossar in Jacken- oder Handtasche mit sich führen und sind damit immer gut informiert.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Dr. Almut Wieland-Karimi

*Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze*

Inhalt			
Brahimi Bericht <i>Brahimi Report</i>	7	New Horizon/Peacekeeping Reform <i>New Horizon</i>	32
DPKO/DFS <i>DPKO/DFS (Department of Peacekeeping Operations/ Department of Field Support)</i>	8	Petersberg Aufgaben <i>Petersberg Tasks</i>	33
Einsatzregeln <i>Rules of Engagement (RoE)</i>	10	Rechtsstaatlichkeit <i>Rule of Law (RoL)</i>	34
Exekutives Mandat/Übergangsverwaltung <i>Executive Mandate/Transitional Administration</i>	11	Robuste Friedenseinsätze <i>Robust Peacekeeping</i>	36
Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration <i>Disarmament, Demobilization, and Reintegration (DDR)</i>	12	Schutz der Zivilbevölkerung <i>Protection of Civilians (PoC)</i>	38
Exitstrategie/Abzugsstrategie <i>Exit Strategy</i>	14	Schutzverantwortung <i>Responsibility to Protect (RtoP oder R2P)</i>	39
Friedensdurchsetzung <i>Peace Enforcement</i>	16	Sicherheitssektorreform Security Sector Reform (SSR)	40
Friedenseinsätze/Peacekeeping <i>Peace Operations/Peacekeeping</i>	18	Truppenstatut/Missionsstatut <i>Status of Forces/Mission Agreement (SOFA/SOMA)</i>	41
Friedenskonsolidierung <i>Peacebuilding</i>	20	Überlastung der Friedenssicherung <i>Peacekeeping Overstretch</i>	42
Gendarmerie/Geschlossene Polizeieinheiten <i>Formed Police Units (FPUs)</i>	22	UN Friedenseinsätze – Prinzipien <i>UN Peacekeeping Principles</i>	43
GSVP Missionen <i>CSDP Missions</i>	24	UN Charta: Kapitel VI und VII <i>UN Charter: Chapters VI and VII</i>	44
Hybridmission <i>Hybrid Mission</i>	26	Ziviles Krisenreaktionsteam <i>Civilian Response Team (CRT)</i>	46
Integrierte Mission <i>Integrated Mission</i>	28	Zivile Polizei <i>Civilian Police (CIVPOL)</i>	47
Konsolidiertes Ziviles Planziel <i>Civilian Headline Goal (CHG)</i>	30	Zivil-Militärische Koordination <i>Civil Military Coordination (CMCoord)</i>	48
Local Ownership <i>Local Ownership</i>	31	Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) <i>Civil Military Cooperation (CIMIC)</i>	49
		Abkürzungsverzeichnis	50
		Quellenverzeichnis	60



## Brahimi Bericht

### Brahimi Report

Der Brahimi Bericht („Report of the Panel on United Nations Peacekeeping Operations“) ist bis dato die umfassendste Analyse von Schwachstellen und Reformbedarf der UN → *Friedenseinsätze*. Er wurde 2000 im Auftrag der UN von einem Expertengremium erarbeitet und nach seinem Vorsitzenden, dem früheren algerischen Außenminister Lakhdar Brahimi, benannt. Seine Empfehlungen bildeten den Ausgangspunkt eines UN-internen Reformprozesses, der 2010 abgeschlossen werden soll. Im Rahmen dieses Prozesses erschien zuletzt, im Juli 2009, das Strategiepapier → *New Horizon*.

#### Weiterführende Links und Literatur

UN (2000): Brahimi Report (A/55/305-S/2000/809)

UN (2006): UN Reformagenda 2010 (A/60/696)

UN DPKO (2009): A New Partnership Agenda: Charting a New Horizon for UN Peacekeeping

# DPKO/DFS

Department of Peacekeeping Operations (DPKO)/  
Department of Field Support (DFS)

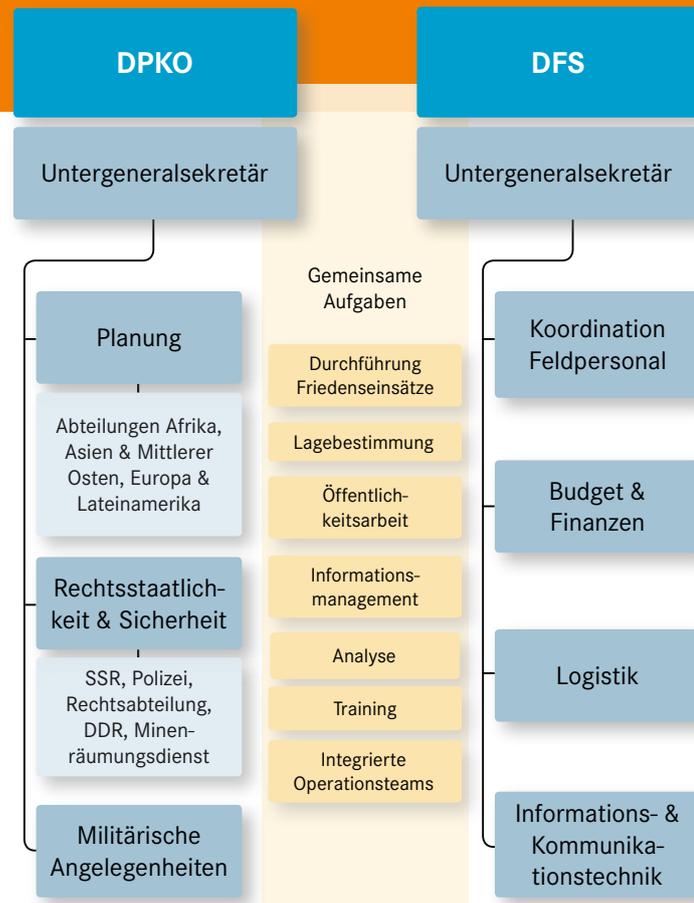
8

Für die Planung, Führung und Verwaltung aller UN Friedenseinsätze war seit 1992 die UN *Hauptabteilung für Friedenssicherungseinsätze* (DPKO) zuständig. Im Juni 2007 wurde das DPKO geteilt, um dem erhöhten administrativen Aufwand der immer komplexeren Einsätze gerecht zu werden. Die neue *Hauptabteilung zur Unterstützung von Feldeinsätzen* (DFS) ist nun zuständig für Logistik, Finanzen und Personal, das DPKO für Strategieentwicklung, Einsatzplanung und Leitung der UN Feldmissionen. Beide Hauptabteilungen leitet je ein Untergeneralsekretär<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form benutzt. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

### Weiterführende Links und Literatur

Website DPKO/DFS: [www.un.org/en/peacekeeping](http://www.un.org/en/peacekeeping)



## Einsatzregeln

Rules of Engagement (RoE)

10



Die Einsatzregeln bestimmen den Rahmen für das Vorgehen der militärischen Komponente eines *Friedenseinsatzes*.

Sie legen insbe-

sondere fest, unter welchen Bedingungen Gewalt angewendet werden darf. Die Erstellung der Einsatzregeln für eine Mission erfolgt in enger Abstimmung zwischen der entsendenden Organisation (UN, EU, NATO, etc.), den truppenstellenden Staaten (Troop Contributing Countries, TCC) und dem Einsatzland. Die verschiedenen Organisationen verfügen jeweils über einen eigenen Regelkatalog, an dem sich die für jeden Einsatz neu zu erstellenden RoE orientieren.

## Exekutives Mandat/ Übergangsverwaltung

Executive Mandate/Transitional Administration

11

→ *Friedenseinsätze* mit exekutivem Mandat übernehmen im Einsatzland Regierungsfunktionen und andere hoheitliche Aufgaben – von Flugsicherung bis Zollkontrolle. Ziel einer solchen Übergangsverwaltung ist neben der Erfüllung politischer und administrativer Aufgaben der Aufbau lokaler Strukturen für die Übernahme dieser Funktionen. Der UN Sicherheitsrat beschloss bisher nur drei derart umfassende Mandate als Reaktion auf den völligen Zusammenbruch lokaler Institutionen:

- UNTAES (UN Transitional Administration for Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium), 1996-1998;
- UNTAET (UN Transitional Administration in East Timor), 1999-2002;
- UNMIK (UN Interim Administration Mission in Kosovo), seit 1999.

## Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration

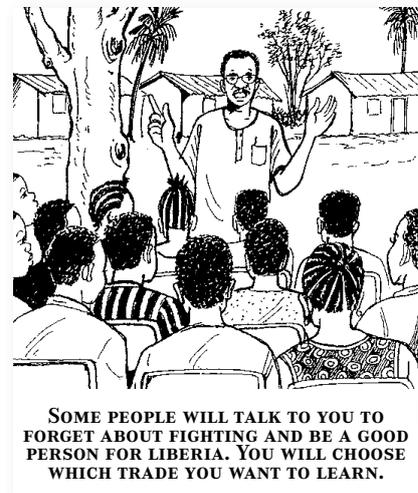
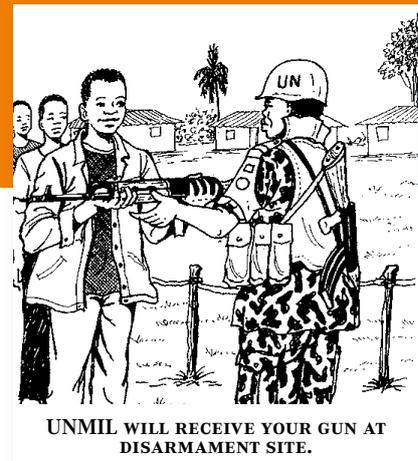
Disarmament, Demobilization, and Reintegration (DDR)

12

Die Entwaffnung und Demobilisierung von Ex-Kombattanten und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft, kurz DDR, ist Voraussetzung für die Herstellung nachhaltiger Sicherheit nach Ende eines bewaffneten Konflikts. Seit den späten 1990er Jahren gehört DDR zu den Standardaufgaben von multidimensionalen → *Friedenseinsätzen*. Dabei ist die militärische Komponente eines Einsatzes für die Entwaffnung und Demobilisierung verantwortlich. Die Reintegration ist dagegen eine Aufgabe des zivilen Personals in Zusammenarbeit mit lokalen Einrichtungen und Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

### Weiterführende Links und Literatur

UN DDR Resource Center: [www.unddr.org](http://www.unddr.org)



13

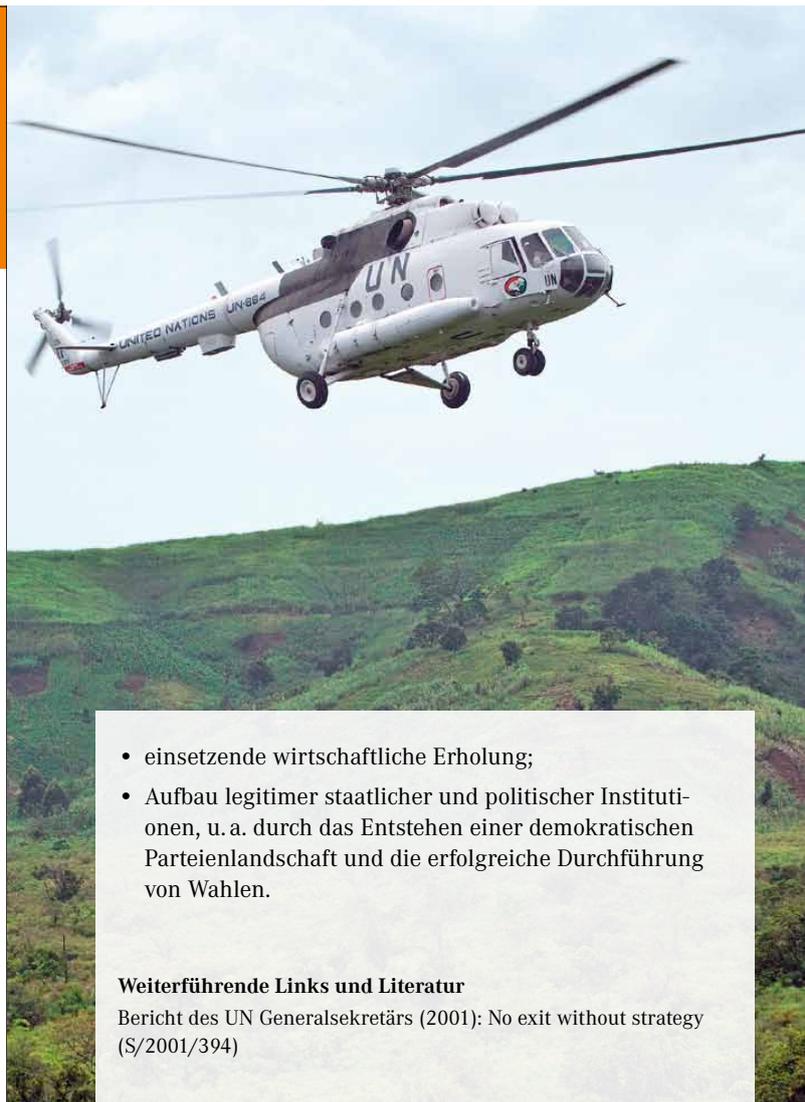
# Exitstrategie/Abzugsstrategie

## Exit Strategy

14

Die Exitstrategie definiert Erfolgsfaktoren („benchmarks“), nach deren Erfüllung ein  $\rightarrow$  *Friedenseinsatz* beendet oder stark reduziert werden kann. Diese Faktoren sollten frühzeitig in Abstimmung zwischen lokalen und internationalen Akteuren festgelegt werden. Dabei gibt es keine allgemein gültigen Erfolgsfaktoren, doch die UN nennt eine Reihe von Indikatoren, die Fortschritte in der Friedenskonsolidierung zeigen:

- dauerhaftes Ende von gewalttätigen Konflikten und Menschenrechtsverletzungen;
- erfolgreiche Entwaffnung von Ex-Kombattanten ( $\rightarrow$  *Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration*);
- Garantie der öffentlichen Sicherheit durch Wiederaufbau von effektiven lokalen Sicherheitskräften unter ziviler Kontrolle ( $\rightarrow$  *Sicherheitssektorreform*);
- Wiederherstellung eines funktionierenden und unabhängigen Justizsystems ( $\rightarrow$  *Rechtsstaatlichkeit*);
- Rückkehr von Flüchtlingen;
- landesweiter Wiederaufbau des Gesundheits- und Bildungssystems;



- einsetzende wirtschaftliche Erholung;
- Aufbau legitimer staatlicher und politischer Institutionen, u. a. durch das Entstehen einer demokratischen Parteienlandschaft und die erfolgreiche Durchführung von Wahlen.

### Weiterführende Links und Literatur

Bericht des UN Generalsekretärs (2001): No exit without strategy (S/2001/394)

# Friedensdurchsetzung

Peace Enforcement

16

Friedensdurchsetzung bedeutet die Anwendung von militärischen Zwangsmaßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens auf der Grundlage einer Autorisierung durch den UN Sicherheitsrat. Zwangsmaßnahmen regelt das Kapitel VII der UN Charta (→ *UN Charta: Kapitel VI und VII*). Zur Autorisierung muss der Sicherheitsrat zunächst eine Bedrohung oder einen Bruch des Weltfriedens feststellen (Art. 39 UN Charta). Mit der Durchführung militärischer Zwangsmaßnahmen können andere internationale Organisationen oder Koalitionen von Mitgliedstaaten („coalition of the willing“) beauftragt werden. Beispiele sind die Zwangsmaßnahmen gegen Nordkorea (1950) und gegen Irak (1990).

17



# Friedenseinsätze/ Peacekeeping

Peace Operations/Peacekeeping

18

Der Begriff „Peacekeeping“ wurde zunächst für die Entsendung unbewaffneter Militärbeobachter oder leicht bewaffneter „Blauhelme“ zur Sicherung eines Waffenstillstandes oder Friedensabkommens verwendet. Dieses wohl bekannteste Instrument der UN Friedenssicherung ist nicht in der Charta vorgesehen sondern entstand aus der Praxis. Präzedenzfall war die Blauhelmtruppe UNEF, die 1956 im Zuge der Suezkrise entsandt wurde. Seither hat sich dieses Instrument quantitativ und qualitativ verändert:

- wachsender Kreis von Akteuren (neben UN auch EU, NATO, OSZE, AU);
- steigende Zahl von Einsätzen;
- größere Bandbreite von Aufgaben;
- stärker spezialisiertes Personal für solche Einsätze.

Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen – und in Abgrenzung zum traditionellen Peacekeeping – wird heute verstärkt der Begriff Friedenseinsätze („peace operations“) verwendet.

## Wandel des Peacekeeping – „Generationen“ der Friedenssicherung

Generation	typische Aufgaben	Personal
1. Generation: „Traditionelles Peacekeeping“ (ab 1948)	statische Überwachung von Friedens- und Waffen- stillstandsabkommen  Bildung einer Pufferzone zwi- schen den Konfliktparteien	überwiegend unbewaffnete Militärbeob- achter oder leicht bewaff- nete Truppen
2. Generation: „Multidimen- sionales Peacekeeping“ (ab Ende der 1980er Jahre)	Etablierung einer vorüberge- henden Sicherheitspräsenz  Gleichzeitige Bearbeitung der Konfliktursachen, z. B. durch Unterstützung von: → <i>DDR</i> , → <i>SSR</i> , → <i>Rechtsstaatlichkeit</i> und Wahlen	Militär, Polizei, Zivilpersonal
3. Generation: „Robustes Peacekeeping“ (seit Beginn der 1990er Jahre)	Aufgaben wie 2. Generation zusätzlich die Erlaubnis zur Anwendung von Gewalt zur Verteidigung des Mandats (→ <i>Robuste Friedenseinsätze</i> )	Militär, Polizei, Zivilpersonal
4. Generation: (seit 1992)	Aufgaben wie 3. Generation zusätzlich zeitweise Über- nahme exekutiver Aufgaben (→ <i>Exekutives Mandat</i> )	Militär, Polizei, Zivilpersonal

19

### Weiterführende Links und Literatur

UN DPKO (2008): Capstone Doctrine – United Nations Peacekeeping Operations Principles and Guidelines

# Friedenskonsolidierung

## Peacebuilding

20

Post-Konfliktgesellschaften sind stark rückfallgefährdet. Für Maßnahmen, die den Frieden festigen und ein Wiederaufflammen von Gewalt verhindern sollen, prägte Boutros Boutros-Ghali 1992 in der „Agenda für den Frieden“ den Begriff des „post-conflict peacebuilding“, die Friedenskonsolidierung. Peacebuilding muss nach Ende eines gewalttätigen Konflikts möglichst früh einsetzen. In modernen Friedenseinsätzen sind deshalb Maßnahmen zur Friedenssicherung (peacekeeping) mit Elementen der Friedenskonsolidierung (peacebuilding) verbunden. Dieser äußerst vielschichtige und langwierige Prozess verlangt neben einem koordinierten Handeln der internationalen Akteure die frühe Beteiligung lokaler Partner (→ *Local Ownership*). Zur besseren Koordination der Akteure und für die Absicherung der Finanzierung gründete die UN im Jahr 2005 die Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission, PBC).

21

### Prioritäre Aufgaben des Peacebuilding

Unterstützung lokaler Akteure bei der Herstellung von Sicherheit (→ *Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration*, → *Sicherheitssektorreform*, → *Rechtsstaatlichkeit*);

Unterstützung *politischer Prozesse* zur Konfliktbeilegung, u. a. durch den Aufbau von demokratischen Strukturen und die Unterstützung von Wahlen und Versöhnungsinitiativen;

Unterstützung des Angebots *sozialer Dienstleistungen*, u. a. im Gesundheits- und Bildungsbereich;

Unterstützung beim *Aufbau staatlicher Kernfunktionen*, u. a. in den Bereichen Verwaltung und Finanzen;

Unterstützung der *wirtschaftlichen Entwicklung*, u. a. durch den Wiederaufbau von Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für Jugendliche und Ex-Kombattanten.

Nach dem Bericht der PBC und des UN Generalsekretärs  
A/63/881-S/2009/304

### Weiterführende Links und Literatur

Bericht des Generalsekretärs (1992): Agenda für den Frieden  
(A/47/277-S/24111)

## Gendarmerie/Geschlossene Polizeinheiten

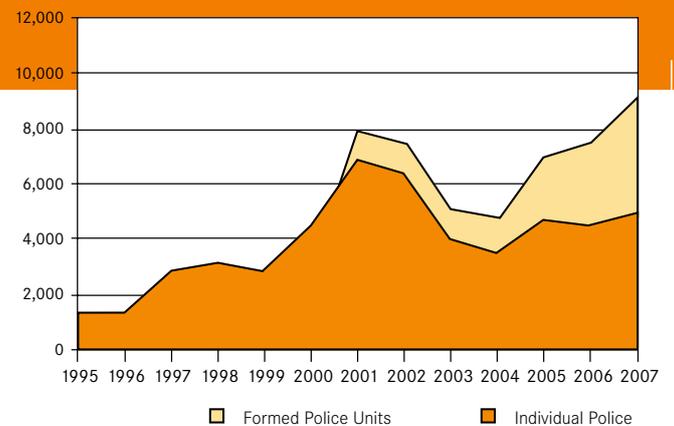
Formed Police Units (FPU)

22



Geschlossene Polizeieinheiten in Friedenseinsätzen bestehen in der Regel aus etwa 120 Beamten eines personalstellenden Staates, die durch gemeinsames Training und spezielle Ausrüstung in der Lage sind, auf gewalttätige Demonstrationen und Unruhen zu reagieren. Damit schließen sie eine kritische Lücke zwischen den Fähigkeiten der militärischen Komponente und der CIVPOL (→ *zivile Polizei*) eines Einsatzes. Als besonders geeignet für diese Aufgabe

23



haben sich dabei die paramilitärischen Polizeikräfte einiger europäischer Staaten erwiesen, beispielsweise die Gendarmerie (Frankreich), Carabinieri (Italien) und Guardia Civil (Spanien). FPU wurden erstmals 1999 im Kosovo und in Osttimor eingesetzt. Zu den Hauptaufgaben von FPU gehören:

- Schutz von Missionspersonal und -einrichtungen;
- Unterstützung lokaler Polizeikräfte bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit;
- Aufbau lokaler FPU-Kapazitäten (Training, Beratung).

## GSVP Missionen

### CSDP Missions

24

Insbesondere die Erfahrungen der Balkankrisen in den 1990er Jahren veranlassten die EU, neue Instrumente für Krisenbewältigung zu entwickeln. Friedenseinsätze der EU sind heute zentraler Bestandteil der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Den Anfang machte 2003 die *EU Police Mission in Bosnia-Herzegovina* (EUPM). Weitere 21 Einsätze folgten, davon sechs militärische Operationen und 15 zivile Missionen. Anfang des Jahres 2010 gibt es zwölf Einsätze – mehr als jemals zuvor.

#### Weiterführende Links und Literatur

Rat der Europäischen Union (2009): ESDP@10 – European Security and Defence Policy 1999–2009

Aktuelle Informationen zu GSVP Missionen: [www.csdpmap.eu](http://www.csdpmap.eu) & [www.isis-europe.org](http://www.isis-europe.org)

25

seit	Mission	Kurzform
01/2003	EU Police Mission in Bosnia-Herzegovina	<b>EUPM</b>
12/2004	EU Military Operation in Bosnia-Herzegovina	<b>EUFOR Althea</b>
02/2005	EU Integrated Rule of Law Mission for Iraq	<b>EUJUST LEX</b>
05/2005	EU Advisory and Assistance Mission for Security Reform in the Democratic Republic of the Congo	<b>EUSEC RD Congo</b>
11/2005	EU Border Assistance Mission at Rafah Crossing Point	<b>EUBAM Rafah</b>
01/2006	EU Police Mission in the Palestinian Territories	<b>EUPOL COPPS</b>
06/2007	EU Police Mission in Afghanistan	<b>EUPOL Afghanistan</b>
07/2007	EU Police Mission for the Democratic Republic of the Congo	<b>EUPOL RD Congo</b>
02/2008	EU Rule of Law Mission in Kosovo	<b>EULEX Kosovo</b>
06/2008	EU Mission in Support of the Security Sector Reform in Guinea-Bissau	<b>EU SSR Guinea-Bissau</b>
10/2008	EU Monitoring Mission in Georgia	<b>EUMM Georgia</b>
12/2008	EU Naval Operation Against Piracy	<b>EUNAVFOR Somalia – Operation Atalanta</b>

# Hybridmission

Hybrid Mission

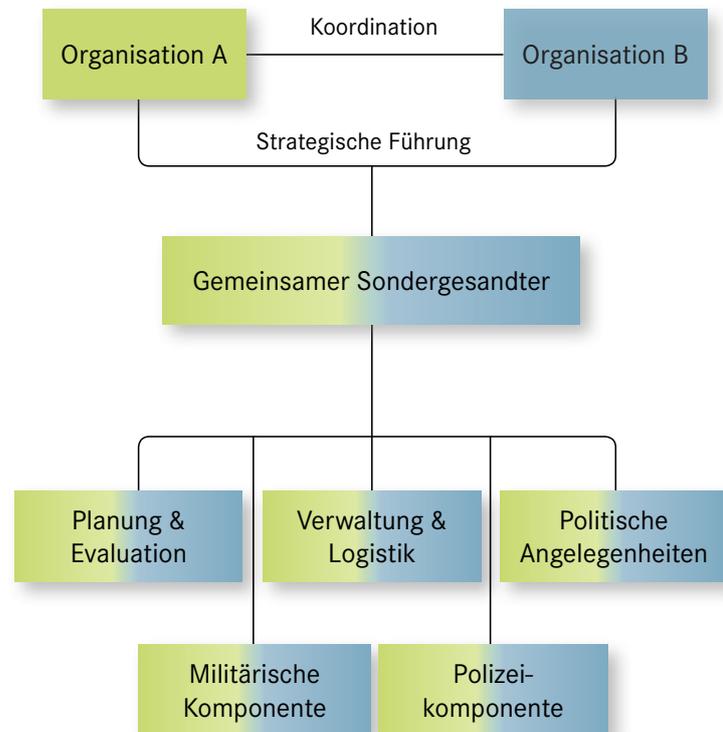
In Hybridmissionen arbeiten mindestens zwei internationale oder regionale Organisationen unter einer gemeinsamen Führung im Einsatzgebiet zusammen. Einziges aktuelles Beispiel ist die *African Union/United Nations Hybrid operation in Darfur* (UNAMID). Hybridmissionen sind zu unterscheiden von Operationen verschiedener Akteure, die



- einander am selben Einsatzort ablösen (*sequentielle* Missionen, z. B. EUFOR Tchad/RCA der EU und MINURCAT der UN in Tschad und Zentralafrikanischer Republik) oder
- gleichzeitig am selben Einsatzort unter jeweils eigenständiger Führung operieren (*parallele* Missionen, z. B. ISAF der NATO und UNAMA der UN in Afghanistan).

Ein Vorteil von Hybridmissionen besteht in der Kombination der höheren lokalen Legitimität eines Partners mit den größeren Ressourcen des anderen. Allerdings stellen sie große Anforderungen an die Kooperationsfähigkeit und -willigkeit der beteiligten Akteure.

## Ideale Struktur einer Hybridmission



# Integrierte Mission

Integrated Mission

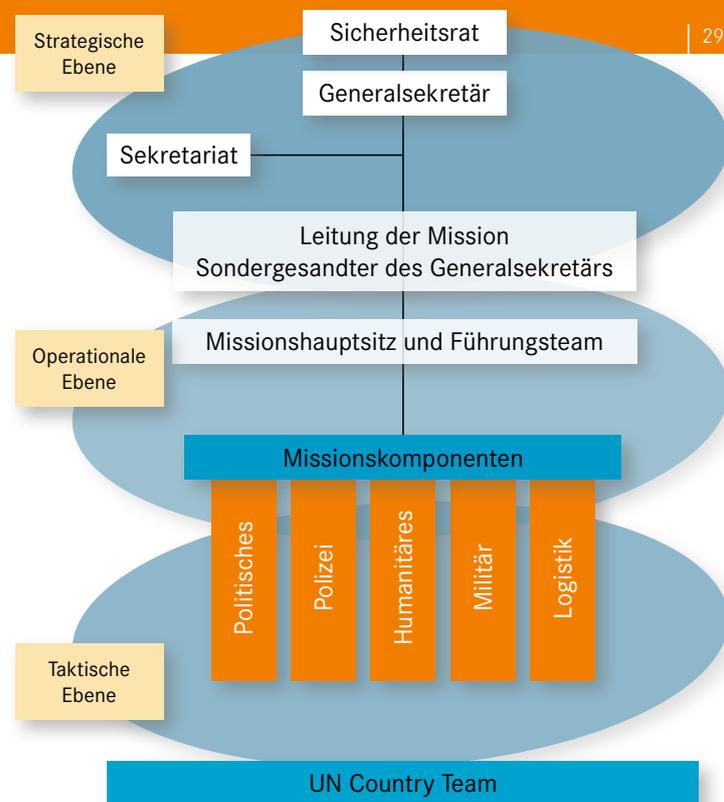
28

Das breite Aufgabenspektrum heutiger UN Friedenseinsätze erfordert die Zusammenarbeit vieler Akteure. Allein im UN System gehören hierzu neben der militärischen, polizeilichen und zivilen Komponente der Mission weitere Mitglieder der UN Familie wie etwa UNICEF, UNDP, WHO, WFP, FAO, UNHCHR oder OCHA – sowie ihre jeweiligen Implementierungspartner.

Die größte Herausforderung bei der Planung und Führung von Einsätzen ist die Koordination dieser Akteure. Um diese zu verbessern, entwarf die UN 2004 das Konzept der Integrierten Mission. Kern ist die Einrichtung eines Planungsprozesses, der neben  $\rightarrow$  DPKO und DFS auch Vertreter von UN Organisationen aus dem Bereich Humanitäre Hilfe und Entwicklung („UN Country Team“) einbindet. Durch eine gemeinsame strategische Vision und abgestimmte Einsatzziele für das jeweilige Einsatzland sollen vorhandene Ressourcen und Expertise gebündelt werden.

## Ebenen und Säulen einer UN Mission

29



## Konsolidiertes Ziviles Planziel

Civilian Headline Goal (CHG)

30

Die 2004 vom Ministerrat der EU beschlossenen „Civilian Headline Goals“ beinhalten den Aufbau der notwendigen Kapazitäten für ein ziviles Krisenmanagement im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (→ *GSPV Missionen*). Ziel des Prozesses ist eine schnellere Entsendung von Zivilpersonal sowie die Fähigkeit, mehrere Operationen an verschiedenen Orten über einen längeren Zeitraum parallel durchführen zu können. Verantwortlich für den Aufbau dieser Kapazitäten sind die Mitgliedstaaten. Ziele wurden für folgende Kernbereiche vereinbart:

- → *zivile Polizei* und → *Rechtsstaatlichkeit*;
- Zivilverwaltung;
- Katastrophenschutz;
- Monitoring;
- Unterstützungsleistungen für EU Sondergesandte.

### Weiterführende Links und Literatur

EU (2004): Konsolidiertes Ziviles Planziel 2008

## Local Ownership

Local Ownership

31

Das Konzept „Local Ownership“ ist unter Begriffen wie „Hilfe zur Selbsthilfe“ oder „partizipative Entwicklung“ seit langem Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit. Im Bereich der → *Friedenseinsätze* wurde es mit der zunehmenden Übernahme von friedenskonsolidierenden Aufgaben seit den 1990er Jahren immer wichtiger. Local Ownership beschreibt sowohl den Prozess als auch das Ziel der graduellen Übernahme von Verantwortung durch lokale Akteure. Diese sind Grundvoraussetzung für die Nachhaltigkeit von → *Friedenskonsolidierung* und damit zentraler Bestandteil der → *Exitstrategie* eines Friedenseinsatzes.

### Weiterführende Links und Literatur

ZIF-Projekt „Local Ownership“:

[www.zif-berlin.org/de/projekte/local-ownership.html](http://www.zif-berlin.org/de/projekte/local-ownership.html)

## New Horizon/ Peacekeeping Reform

New Horizon

32

Im Juli 2009 veröffentlichten das UN Department of Peacekeeping Operations (DPKO) und das Department of Field Support (DFS) (→ *DPKO/DFS*) das gemeinsame Reformpapier „A New Partnership Agenda – Charting a New Horizon for UN Peacekeeping“. Dieses fordert eine neue „globale Partnerschaft“ zwischen UN Sekretariat, Mitgliedstaaten und Sicherheitsrat, um die wachsende Kluft zwischen dem Bedarf an UN Friedenseinsätzen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen (→ *Überlastung der Friedenssicherung*) zu überwinden. In drei Bereichen besteht Handlungsbedarf: bei der Vorbereitung und Führung von UN Friedenseinsätzen, bei der konsequenten Umsetzung der Mandate am Einsatzort und beim Ausbau der Kapazitäten des UN Peacekeeping Systems.

### Weiterführende Links und Literatur

Center on International Cooperation (2009): Building on Brahimi  
ZIF Policy Briefing (2010): New Horizon

## Petersberg Aufgaben

Petersberg Tasks

33

Die Petersberg Aufgaben wurden 1992 auf einem Gipfeltreffen der Westeuropäischen Union (WEU) beschlossen. Sie umfassen:

- humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze;
- friedenserhaltende Maßnahmen (→ *Friedenseinsätze/Peacekeeping*);
- Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen (→ *Friedensdurchsetzung*).

Die Petersberg Aufgaben wurden mit Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam (Mai 1999) von der EU übernommen und bilden heute einen festen Bestandteil der GSVP (→ *GSVP Missionen*).

## Rechtsstaatlichkeit

Rule of Law (RoL)

34

Für die nachhaltige Stabilisierung von Post-Konfliktgesellschaften ist die Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien unverzichtbar. Programme zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit gehören deshalb zu den Kernaufgaben multidimensionaler Friedenseinsätze. Sie wenden sich an die lokale Justiz und Justizverwaltung, Polizei und das Strafvollzugssystem. Typische Maßnahmen sind die Schulung von Richtern, Staatsanwälten, Strafverteidigern, Polizisten und Justizvollzugsbeamten, die Beratung lokaler Politiker und Juristen zu Verfassungsfragen sowie der Aufbau unabhängiger Gerichte. Bei Missionen mit exekutivem Mandat können auch Aufgaben wie Rechtsprechung und -durchsetzung von internationalem Personal übernommen werden.

### Weiterführende Links und Literatur

Guidance Note of the Secretary-General (2008): UN Approach to Rule of Law Assistance

35



## Robuste Friedenseinsätze

### Robust Peacekeeping

36

Der Einsatz unbewaffneter Militärbeobachter oder leicht bewaffneter Truppen stößt an seine Grenzen, wenn die Zustimmung zu der Blauhelmpresenz brüchig ist oder lokale Gewaltakteure ein Interesse an der Fortsetzung des Konfliktes haben. Dies zeigten in den 1990er Jahren vor allem die Einsätze in Bosnien und Somalia. Der UN Sicherheitsrat ging deshalb dazu über, Friedenseinsätze unter Verweis auf Kapitel VII der UN Charta (→ *UN Charta: Kapitel VI und VII*) ausdrücklich zur Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung seines Mandats gegen Störenfriede („spoiler“) zu ermächtigen. Im Gegensatz zur → *Friedensdurchsetzung* ist die Zustimmung der Hauptkonfliktparteien jedoch weiter eine Voraussetzung für einen solchen „robusten“ Einsatz (→ *UN Friedenseinsätze – Prinzipien*). Die meisten UN Friedenseinsätze der jüngeren Zeit wurden mit einem robusten Mandat ausgestattet.

37

### Aktuelle UN Einsätze mit robustem Mandat

<b>UNMIK</b>	Kosovo (06/1999)
<b>MONUC</b>	Demokratische Republik Kongo (11/1999)
<b>UNMIL</b>	Liberia (10/2003)
<b>UNOCI</b>	Côte d'Ivoire (04/2004)
<b>MINUSTAH</b>	Haiti (06/2004)
<b>MINURCAT</b>	Zentralafrikanische Republik und Tschad (10/2007)
<b>UNAMID</b>	Sudan/Darfur (01/2008)

In Klammern ist der Beginn des jeweiligen Einsatzes (Monat/Jahr) angegeben.

## Schutz der Zivilbevölkerung

Protection of Civilians (PoC)

38

Zivilisten werden in heutigen Konflikten zunehmend Opfer gezielter Gewalttaten. Als Reaktion auf diese Entwicklung erlaubte die UN erstmals 1999 den Missionen



UNAMSIL (Sierra Leone) und INTERFET (Osttimor) ausdrücklich die Anwendung von Gewalt zum Schutz bedrohter Zivilisten. Diese Erlaubnis ist seither Bestandteil fast aller Einsatzmandate. Allerdings hat die UN bisher weder eine exakte Definition noch operative Richtlinien für den Schutz der Zivilbevölkerung erarbeitet. Dies erschwert die Umsetzung am Einsatzort und führt zu Verwechslungen mit dem verwandten Konzept der → *Schutzverantwortung*. Im Gegensatz zu dieser ist PoC jedoch keine völkerrechtliche Norm sondern eine Querschnittsaufgabe für UN Personal in Friedenseinsätzen.

## Schutzverantwortung

Responsibility to Protect (RtoP oder R2P)

39

Das Konzept der Schutzverantwortung betont die Verantwortung der Nationalstaaten und ersatzweise der internationalen Gemeinschaft zur Verhütung und notfalls gewaltsamen Beendigung von ethnischen Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord. Diese neue völkerrechtliche Norm ist allerdings umstritten. Manche sehen in ihr eine Verletzung des Verbots der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von souveränen Nationalstaaten. Humanitäre Akteure dagegen befürchten den Verlust ihres Handlungsspielraums durch eine Vermischung von militärischen und humanitären Interventionen (siehe auch → *Schutz der Zivilbevölkerung*).

### Weiterführende Links und Literatur

Website der International Coalition for the Responsibility to Protect:  
[www.responsibilitytoprotect.org](http://www.responsibilitytoprotect.org)

ICISS Report (2001): The Responsibility to Protect

## Sicherheitssektorreform

Security Sector Reform (SSR)

40



Ein effektiver und rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichteter Sicherheitssektor ist Voraussetzung für die nachhaltige *Friedenskonsolidierung* in Post-

Konfliktgesellschaften. Der Sicherheitssektor umfasst je nach Definition das Militär, die Polizei und die Nachrichtendienste, aber auch Teile des Justizsektors, wie etwa den Strafvollzug. SSR Aktivitäten im Rahmen von UN Einsätzen konzentrieren sich insbesondere auf den Polizei- und Justizsektor: Sie reichen von Beratung zu Gesetzesreformen über Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen bis zu technischer und finanzieller Unterstützung der lokalen Sicherheitskräfte.

## Truppenstatut/ Missionsstatut

Status of Forces/Mission Agreement (SOFA/SOMA)

41

Das Truppen- bzw. Missionsstatut regelt den rechtlichen Status von Truppen und zivilem Missionspersonal im Einsatzland. Es wird zwischen der Regierung des Einsatzlandes und der entsendenden internationalen Organisation geschlossen. Zentraler Bestandteil des SOFA/SOMA sind Vereinbarungen über die strafrechtliche Immunität des internationalen Personals. Weitere Regelungen betreffen die Bewegungsfreiheit, Steuer-, Zoll- und Immigrationsbestimmungen, die Zuteilung von Radiofrequenzen sowie die Erlaubnis zum Tragen von Uniform und Waffen.

## Überlastung der Friedenssicherung

Peacekeeping Overstretch

42

Im Jahr 2000 waren etwa 20.000 UN Peacekeeper im Einsatz, Anfang 2010 sind es rund 117.000. Im gleichen Zeitraum hat sich das Budget der UN für friedenssichernde Maßnahmen auf derzeit 7,8 Milliarden USD beinahe verfünffacht. Nach Meinung vieler Fachleute ist damit die Grenze der Leistungsfähigkeit von truppenstellenden Staaten (TCC), Geldgebern und administrativen Kapazitäten der UN erreicht. Zu den Ursachen dieser Entwicklung gehören die steigende Zahl von personalintensiven Einsätzen in Regionen mit schwacher Infrastruktur, die zunehmend komplexeren Aufgabenstellungen von Missionen, immer längere Einsatzzeiträume, die weltweite Finanzkrise sowie die stockende Reform der UN Strukturen. Lösungsvorschläge finden sich u. a. in dem UN Papier *→ New Horizon*.

## UN Friedenseinsätze – Prinzipien

UN Peacekeeping Principles

43

Konsens, Unparteilichkeit und Nichtanwendung von Gewalt sind bis heute die konzeptionellen Grundpfeiler des Peacekeeping. Mit dem Wandel der *→ Friedenseinsätze* hat sich jedoch auch das Verständnis dieser Grundprinzipien verändert. Die Zustimmung *aller* Konfliktparteien und *völliger Gewaltverzicht*, außer zur Selbstverteidigung, erwiesen sich angesichts der Zunahme innerstaatlicher Konflikte mit einer Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichsten Interessen als nicht praktikabel. Neben der Unparteilichkeit gegenüber den Konfliktparteien gelten heute der Konsens der wesentlichen Konfliktparteien zur Entsendung des Einsatzes sowie die Nichtanwendung von Gewalt, außer zur Verteidigung der eigenen Person oder des Mandats (*→ Robuste Friedenseinsätze*), als Voraussetzung für einen Einsatz.

### Weiterführende Links und Literatur

UN DPKO (2008): Capstone Doctrine – United Nations Peacekeeping Operations Principles and Guidelines

# UN Charta: Kapitel VI und VII

UN Charter: Chapters VI and VII

44

Alle Mitgliedstaaten der UN sind verpflichtet, Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. *Kapitel VI* (Artikel 33–38) erläutert Formen der friedlichen Streitbeilegung, ohne dem UN Sicherheitsrat ein bindendes Weisungsrecht zuzuerkennen. Stellt der Sicherheitsrat jedoch einen Bruch des Weltfriedens fest, kann er nach *Kapitel VII* (Artikel 39–51) – für alle Mitgliedstaaten bindend – Zwangsmaßnahmen bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt beschließen. Diese militärischen Zwangsmaßnahmen stellen neben der Selbstverteidigung (Art. 51) die einzige völkerrechtlich legitime Form von Gewaltanwendung im internationalen System dar.

Traditionelle Peacekeeping-Einsätze (→ *Friedenseinsätze*) wurden zunächst als Maßnahmen nach Kapitel VI verstanden, Gewaltanwendung war nur zur Selbstverteidigung gestattet. Aufgrund negativer Erfahrungen, insbesondere in Somalia und auf dem Balkan,



ist der Sicherheitsrat jedoch dazu übergegangen, Friedenseinsätze mit robusten Mandaten nach Kapitel VII abzusichern (→ *Robuste Friedenseinsätze*).

## Weiterführende Links und Literatur

UN Charta (vollständige deutsche Online Version)  
[www.unric.org/de/charta](http://www.unric.org/de/charta)

## Ziviles Krisenreaktionsteam

Civilian Response Team (CRT)

46

Zivile Krisenreaktionsteams unter Leitung des EU Ratssekretariats sind ein Instrument des zivilen Krisenmanagements im Rahmen der GSVP

(→ *GSVP Missionen*). Zu ihren Aufgaben gehören:

- Durchführung von Erkundungsmissionen in Krisensituationen;
- Mitarbeit an der Erstellung von Einsatzplänen;
- Gewährleistung einer schnellen operativen Präsenz vor Ort;
- Unterstützung der Aufbauphase einer zivilen Mission.

CRTs variieren je nach Aufgabe in Zahl und Expertise der Mitglieder. Sie werden aus einem Pool von derzeit rund 100 Experten aus den Bereichen Justiz, Verwaltung, Logistik, Management und Polizei zusammengestellt. Alle dort aufgeführten Experten wurden nach den vereinbarten Kriterien von den EU Mitgliedstaaten ausgewählt und trainiert. Zivile Krisenreaktionsteams der EU wurden bereits in Afghanistan und in der Demokratischen Republik Kongo eingesetzt.

## Zivile Polizei

Civilian Police (CIVPOL)

47



Internationale Polizeibeamte unterstützen im Rahmen von Friedenseinsätzen den (Wieder)Aufbau der Polizeikräfte des Einsatzlandes, insbesondere als Trainer und Berater. Die lokale Polizei soll damit in die Lage versetzt werden, die öffentliche Sicherheit unter Beachtung der Prinzipien der → *Rechtsstaatlichkeit* zu gewährleisten. Außer in Einsätzen mit → *exekutivem Mandat* nehmen internationale Polizisten am Einsatzort jedoch keine hoheitlichen Funktionen wie Ermittlungen nach Straftaten oder die Verhaftung von Verdächtigen wahr. Eine Sonderaufgabe erfüllen → *Gendarmerie/geschlossene Polizeieinheiten*.

## Zivil-Militärische Koordination

Civil-Military Coordination (CMCoord)

48

In humanitären Krisen- sowie multidimensionalen Friedenseinsätzen ist eine enge Abstimmung zwischen den humanitären und militärischen Akteuren notwendig, um eine sinnvolle Arbeitsteilung und die effiziente Nutzung von Ressourcen zu gewährleisten und Doppelungen zu vermeiden. CMCoord ist ein Konzept der UN, das eine bessere Koordination der Akteure bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung humanitärer Prinzipien (Nachhaltigkeit, Neutralität, Unparteilichkeit) zum Ziel hat. Kernbereiche sind die Abstimmung der Planung, des Informationsflusses und der Aufgabenteilung. Innerhalb der UN ist das Amt zur Koordination humanitärer Aufgaben (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, OCHA) für die Weiterentwicklung und Umsetzung des CMCoord-Konzeptes zuständig.

## Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ)

Civil Military Cooperation (CIMIC)

49

Zivil-Militärische Zusammenarbeit beschreibt einen militärischen Aufgabenbereich. Mithilfe von Aktivitäten wie dem Bau oder der Instandsetzung von Schulen und der Verteilung von Hilfsgütern soll eine größere Akzeptanz des militärischen Einsatzes bei der lokalen Bevölkerung herbeigeführt werden. Zivile humanitäre Akteure kritisieren dabei eine aus ihrer Sicht gefährliche Vermischung von militärischen und humanitären Aufgaben. Zu unterscheiden ist dieses Konzept von der → *Zivil-Militärischen Koordination*, die eine Abstimmung von zivilen und militärischen Akteuren zum Ziel hat.



AU	<b>African Union</b>	Afrikanische Union
CFSP	<b>Common Foreign and Security Policy</b>	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
CHG	<b>Civilian Headline Goal</b>	Konsolidiertes Ziviles Planziel
CIMIC	<b>Civil-Military Cooperation</b>	Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ)
CIVPOL	<b>Civilian Police</b>	Zivile Polizei
CMCoord	<b>Civil-Military Coordination</b>	Zivil-Militärische Koordination
CMO	<b>Civil-Military Operation</b>	Zivil-Militärischer Einsatz
CMS	<b>Chief of Mission Support</b>	Leiter des Bereichs Missionsunterstützung
COS	<b>Chief of Staff</b>	Stabschef der Mission
CPU	<b>Civilian Police Unit</b>	Zivile Polizeieinheit
CRT	<b>Civilian Response Team</b>	Ziviles Krisenreaktionsteam
CSDP	<b>Common Security and Defence Policy</b>	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
DDR	<b>Disarmament, Demobilization, and Reintegration</b>	Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration
DFS	<b>Department of Field Support</b>	Hauptabteilung zur Unterstützung von Friedenseinsätzen
DMS	<b>Director of Mission Support</b>	Direktor des Bereichs Missionsunterstützung
DPKO	<b>Department of Peacekeeping Operations</b>	Hauptabteilung für Friedenssicherungseinsätze

DSG	<b>Deputy Secretary-General</b>	Stellvertretender Generalsekretär
DSRSG	<b>Deputy Special Representative of the Secretary-General</b>	Stellvertretender Sonderbeauftragter des Generalsekretärs
ECHO	<b>European Commission's Humanitarian Aid Department</b>	Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission
ECOWAS	<b>Economic Community of West African States</b>	Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten
ESDP	<b>European Security and Defence Policy</b>	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)
ESVP	European Security and Defence Policy (ESDP)	<b>Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik</b>
EU	<b>European Union</b>	<b>Europäische Union</b>
EU SSR Guinea-Bissau	<b>European Union Mission in Support of the Security Sector Reform in Guinea-Bissau</b>	Mission der Europäischen Union zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in der Republik Guinea-Bissau
EUBAM Rafah	<b>European Union Border Assistance Mission at Rafah Crossing Point</b>	Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah
EUFOR Althea	<b>European Forces in Bosnia and Herzegovina</b>	Militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina
EUFOR Tchad/RCA	<b>European Union Force Tchad/RCA</b>	Militärische Operation der Europäischen Union im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik

EUJUST LEX	<b>European Union Integrated Rule of Law Mission for Iraq</b>	Integrierte Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak
EULEX Kosovo	<b>European Union Rule of Law Mission in Kosovo</b>	Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo
EUMM Georgia	<b>European Union Monitoring Mission in Georgia</b>	Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien
EUNAVFOR Somalia - Operation Atalanta	<b>European Union Naval Operation Against Piracy</b>	Marineoperation der Europäischen Union gegen Piraterie
EUPM	<b>European Union Police Mission in Bosnia and Herzegovina</b>	Polizeimission der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina
EUPOL Afghanistan	<b>European Union Police Mission in Afghanistan</b>	Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan
EUPOL COPPS	<b>European Union Police Mission in the Palestinian Territories</b>	Polizeimission der Europäischen Union in den palästinensischen Gebieten
EUPOL RD Congo	<b>European Union Police Mission for the Democratic Republic of Congo</b>	Polizeimission der Europäischen Union für die Demokratische Republik Kongo
EUSEC RD Congo	<b>European Union Advisory and Assistance Mission for Security Reform in the Democratic Republic of Congo</b>	Beratungsmission der Europäischen Union zur Unterstützung der Sicherheitsreform in der Demokratischen Republik Kongo
EZ	Development Cooperation	<b>Entwicklungszusammenarbeit</b>

FAO	<b>Food and Agriculture Organization</b>	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation
FC	<b>Force Commander</b>	Kommandeur der Streitkräfte
FPU	<b>Formed Police Units</b>	Geschlossene Polizeieinheiten
GASP	Common Foreign and Security Policy (CFSP)	<b>Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik</b>
GSVP	Common Security and Defence Policy (CSDP)	<b>Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik</b>
HC	<b>Humanitarian Coordinator</b>	Koordinator für humanitäre Maßnahmen
HOM	<b>Head of Mission</b>	Missionsleiter
HOMC	<b>Head of Military Component</b>	Leiter der militärischen Komponente
HOPC	<b>Head of Police Component</b>	Leiter der polizeilichen Komponente
ICISS	<b>International Commission on Intervention and State Sovereignty</b>	Internationale Kommission zu Intervention und Staatssouveränität
IDP	<b>Internally Displaced Person</b>	Binnenflüchtling
IMF	<b>International Monetary Fund</b>	Internationaler Währungsfonds (IWF)
IMPP	<b>Integrated Mission Planning Process</b>	Integrierter Missionsplanungsprozess
IMTF	<b>Integrated Mission Task Force</b>	Integriertes Missionseinsatzkommando
INTERFET	<b>International Force East Timor</b>	Internationale Streitkräfte Osttimor
IOT	<b>Integrated Operational Team</b>	Integriertes Einsatzteam

IPBS	<b>Integrated Peacebuilding Strategy</b>	Integrierte Friedenskonsolidierungsstrategie
ISAF	<b>International Security Assistance Force</b>	Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe
ISS	<b>Integrated Support Service</b>	Integrierter Unterstützungsdienst
IWF	International Monetary Fund (IMF)	<b>Internationaler Währungsfonds</b>
JSR	<b>Joint Special Representative</b>	Gemeinsamer Sonderbeauftragter
MINURCAT	<b>Mission des Nations Unies en République Centrafricaine et au Tchad</b>	Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und Tschad
MINUSTAH	<b>Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti</b>	Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti
MONUC	<b>Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo</b>	Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo
MOU	<b>Memorandum of Understanding</b>	Vereinbarung
NATO	<b>North Atlantic Treaty Organization</b>	Nordatlantische Allianz/ Nordatlantikpakt-Organisation
NGO	<b>Non-governmental Organization</b>	Nicht-Regierungsorganisation (NRO)
NRO	Non-governmental Organization (NGO)	<b>Nicht-Regierungsorganisation</b>
OCHA	<b>UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs</b>	Amt für die Koordination humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen

OECD	<b>Organisation for Economic Co-operation and Development</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OHCHR	<b>Office of the High Commissioner for Human Rights</b>	Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte
OSCE	<b>Organization for Security and Co-operation in Europe</b>	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
OSZE	Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE)	<b>Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa</b>
PBC	<b>Peacebuilding Commission</b>	Kommission für Friedenskonsolidierung
PCC	<b>Police Contributing Countries</b>	Polizeistellende Staaten
PKF	<b>Peacekeeping Force</b>	Friedenssicherungskräfte
PoC	<b>Protection of Civilians</b>	Schutz der Zivilbevölkerung
R2P aber auch: RtoP	<b>Responsibility to Protect</b>	Schutzverantwortung
RC	<b>Resident Coordinator</b>	Residierender Koordinator
RoE	<b>Rules of Engagement</b>	Einsatzregeln
RoL	<b>Rule of Law</b>	Rechtsstaatlichkeit
SOFA	<b>Status of Force Agreement</b>	Truppenstatut
SOMA	<b>Status of Mission Agreement</b>	Missionsstatut
SRSR	<b>Special Representative of the Secretary General</b>	Sonderbeauftragter des Generalsekretärs

SSR	<b>Security Sector Reform</b>	Sicherheitssektorreform
TCC	<b>Troop Contributing Countries</b>	Truppenstellende Staaten
UN	<b>United Nations</b>	Vereinte Nationen (VN)
UNAMA	<b>United Nations Assistance Mission in Afghanistan</b>	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan
UNAMID	<b>African Union/United Nations Hybrid operation in Darfur</b>	Hybridoperation der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur
UNAMSIL	<b>United Nations Mission in Sierra Leone</b>	Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNCT	<b>United Nations Country Team</b>	Landesteam der Vereinten Nationen
UNDP	<b>United Nations Development Programme</b>	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEF	<b>UN Emergency Force</b>	Noteinsatztruppe der Vereinten Nationen
UNHCR	<b>United Nations High Commissioner for Refugees</b>	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UNICEF	<b>United Nations International Children's Emergency Fund</b>	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNMIK	<b>United Nations Interim Administration Mission in Kosovo</b>	Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNMIL	<b>United Nations Mission in Liberia</b>	Mission der Vereinten Nationen in Liberia
UNOCI	<b>United Nations Operation in Côte d'Ivoire</b>	Operation der Vereinten Nationen an der Elfenbeinküste

UNTAES	<b>United Nations Transitional Administration in Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium</b>	Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien
UNTAET	<b>United Nations Transitional Administration in East Timor</b>	Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Osttimor
USD	<b>U.S.-Dollar</b>	U.S.-Amerikanischer Dollar
USG	<b>Under-Secretary-General</b>	Untergeneralsekretär
VN	United Nations (UN)	<b>Vereinte Nationen</b>
WEU	<b>Western European Union</b>	Westeuropäische Union
WFP	<b>World Food Programme</b>	Welternährungsprogramm
WHO	<b>World Health Organization</b>	Weltgesundheitsorganisation
ZIF	Center for International Peace Operations	<b>Zentrum für Internationale Friedenseinsätze</b>
ZMZ	Civil Military Cooperation (CIMIC)	<b>Zivil-Militärische Zusammenarbeit</b>



Das ZIF wurde im Jahr 2002 von Bundesregierung und Bundestag gegründet, um die zivilen Kapazitäten für internationale Friedenseinsätze zu stärken. Mit der zunehmenden Komplexität von Friedenseinsätzen ist die schnelle Entsendung professionellen Personals zum Schlüsselfaktor für ihren Erfolg geworden. Kernmandat des ZIF ist die Qualifizierung und Bereitstellung von Zivilpersonal sowie die Erarbeitung von Analysen und Konzepten zu Peacebuilding, Peacekeeping und zivilem Konfliktmanagement. Das Zentrum arbeitet eng mit dem Auswärtigen Amt zusammen und ist insbesondere für Einsätze von UN, EU und OSZE zuständig. Der integrierte Ansatz des ZIF, welcher Training, Human Resources und Analyse unter einem Dach vereint, ist inzwischen weltweit als führendes Modell anerkannt. Im Rahmen internationaler Kooperationsprojekte trägt das ZIF zur Stärkung von Peacekeeping Kapazitäten sowie zur konzeptionellen Weiterentwicklung von Friedenseinsätzen bei.

Das ZIF ist eine gemeinnützige GmbH. Gesellschafter ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Auswärtige Amt. Im Aufsichtsrat sind Staatsminister oder Staatssekretäre des AA, BMVg, BMZ und BMI sowie Abgeordnete

aller Fraktionen des Bundestages vertreten. Ein international besetzter Beirat unterstützt die Arbeit des ZIF.

Direktorin und Geschäftsführerin des Zentrums ist Dr. Almut Wieland-Karimi.

*Sie vermissen einzelne Begriffe im Glossar? Dann senden Sie uns eine E-Mail mit Ihren Ideen oder Anregungen für zukünftige Neuauflagen des Glossars an [glossar@zif-berlin.org](mailto:glossar@zif-berlin.org) oder schicken Sie uns einen Brief an unsere Berliner Adresse.*

Zentrum für Internationale Friedenseinsätze gGmbH  
Ludwigkirchplatz 3 - 4  
10719 Berlin

Fon: +49 30 520 05 65 -0

Fax: +49 30 520 05 65 -90

Training: [training@zif-berlin.org](mailto:training@zif-berlin.org)

Human Resources: [hr@zif-berlin.org](mailto:hr@zif-berlin.org)

Analyse: [analysis@zif-berlin.org](mailto:analysis@zif-berlin.org)

[www.zif-berlin.org](http://www.zif-berlin.org)

**Bildnachweise**

**Titelseite:** UN Photo/Olivier Chassot: Geschlossene Polizeieinheit der UNAMID patrouilliert nahe einer Klinik, 2009 – **S. 6:** ZIF/Wibke Hansen, 2007 – **S. 9:** Vereinfachte Darstellung des DPKO/DFS Organizational Chart, in: [http://www.un.org/en/peacekeeping/documents/dpkodfs\\_org\\_chart.pdf](http://www.un.org/en/peacekeeping/documents/dpkodfs_org_chart.pdf) – **S. 10:** UN Photo/Olivier Chassot: UNAMID Soldaten aus Nepal, 2009 – **S. 12:** UN Photo/Tim McKulka: Start des DDR Programms in der UN Mission im Sudan, 2009 – **S. 13:** UN Photo: Aufklärungskampagne für das Liberianische DDR Programm, UNMIL, 2003 – **S. 15:** UN Photo/Marie Frechon – **S. 17:** NATO/Lance Cpl. Tommy Bellegarde, Afghanistan 2010\* – **S. 23:** UN Photo/Martine Perret: Pakistani FPU Assist in Timorese Police Exercises/UN DPKO Police Division, 2009 – **S. 26:** UN Photo/Albany Associates: UNAMID Force Commander Meets SLA Commanders, 2008 – **S. 27:** ZIF – **S. 29:** UN DPKO (2008): Capstone Doctrine – UN Peacekeeping Operations Principles and Guidelines, 67. – **S. 35:** ZIF/Tobias Pietz, Truth and Reconciliation Commission in Liberia, 2009 – **S. 38:** UN Photo/Marco Dormino: MINUSTAH Military Personnel Assists Hurricane Victims, 2008 – **S. 40f:** UN Photo/Martine Perret: Timorese Police in Protest Exercise, 2009 – **S. 45:** UN Photo/Paulo Filgueiras: Security Council Meets on Bosnia and Herzegovina, 2009 – **S. 47:** links: EUPOL COPPS: Tourist and Traffic Police, 2009, rechts: UN Photo/Ky Chung: UNOCI and French Forces Conduct Crowd Control Exercises, 2009 – **S. 49:** UN Photo/Logan Abassi: Road Construction by Chilean and Brazilian Peacekeepers, 2009 – **Rückseite:** UN Photo/Martine Perret: ONUB – Demobilization of Burundian Military, 2004

\*Lizenzbedingungen: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>

**Impressum**

Texte: ZIF

Gestaltung: [www.finedesign.de](http://www.finedesign.de)

© 2010 ZIF, Berlin

*Your Gateway to Peace Operations*



**Zentrum für Internationale  
Friedenseinsätze (ZIF)**

Ludwigkirchplatz 3 – 4  
10719 Berlin

Fon: +49 30 52 00 565-0

Fax: +49 30 52 00 565-90

[www.zif-berlin.org](http://www.zif-berlin.org)